

## Abänderungsantrag

**der Abgeordneten Astrid Rössler, Johannes Schmuckenschlager,  
Kolleginnen und Kollegen**

**zur Regierungsvorlage betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das  
Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 geändert wird (1901 d.B.)**

Der Umweltausschuss wolle beschließen:

Der eingangs genannte Gesetzesantrag wird wie folgt geändert:

1. Z 2 lautet:

„2. In § 19 Abs. 9 und § 47 Abs. 4 wird die Wortfolge „für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort“ durch die Wortfolge „für Arbeit und Wirtschaft“ ersetzt und in § 47 Abs. 5 wird die Wortfolge „für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort“ durch die Wortfolge „für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie“ ersetzt.“

2. Z 66 lautet:

„66. In § 24f Abs. 12 wird nach der Wortfolge „weitere anzuwenden:“ die Wortfolge „§ 17 Abs. 4 vierter und fünfter Satz (Vorratsflächen); § 17a;“ eingefügt.“

3. In Z 75 lautet § 46 Abs. 29 Z 1:

„1. Auf Vorhaben, für die ein Verfahren vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Novelle gemäß den §§ 5 oder 24a eingeleitet wurde oder ein Verfahren bei den Gerichten oder Gerichtshöfen anhängig ist, sind die Bestimmungen des § 4a und des § 6 Abs. 1 Z 1 lit. g sowie die Änderungen in § 4 Abs. 1 und 2, § 6 Abs. 2, § 9 Abs. 3 Z 6 und Abs. 6, § 12 Abs. 2 und 3 Z 5, § 13 Abs. 2, § 16 Abs. 3, § 24c Abs. 2 und 3 Z 5 und § 40 Abs. 2 nicht anzuwenden.“

4. Z 84 lautet:

„84. In Anhang 1 Z 4 (Spalte 3) wird am Ende der lit. c der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und folgende lit. d wird angefügt:

„d) von lit. a und lit. c nicht erfasste Anlagen zur Erzeugung von Warmwasser in schutzwürdigen Gebieten der Kategorie C mit einer thermischen Leistung von mindestens 200 MW.““

5. Z 93 lautet:

„93. Anhang 1 Z 12 lit. a (Spalte 1) lautet:

„a) Neuerschließung oder Änderung (Erweiterung) von Gletscherschengebieten, wenn damit eine Flächeninanspruchnahme durch Pistenneubau, Liftrassen oder Beschneiungsanlagen (einschließlich Speicherteiche) verbunden ist;““

### **Begründung:**

Es werden redaktionelle Korrekturen gegenüber der Regierungsvorlage vorgenommen.